Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatl. M. 15000 und Bestellgebühren; Ausland M. 18000 mit Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höhere Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher Ortsgespräche Sammel-Nr. 70811, Ferngespräche 17089–17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- u. Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Einsp. 34 mm br. mm-Zeile M. 1000 ausw. Inserenten M. 1700. Sonderpreise: Familienanz. v. Priv. mm-Zeile M. 375, Gelegenheitsanz. (priv. Natur) u. Stellenangeb. mm-Zeile M. 450, Stellengesuche mm-Zeile M. 350, amtl. Bekanntm. Doppel-mm-Zeile M. 4000, Reklame mm-Zeile M. 6000, auswärtige M. 9000. Auslandsanz. m. Valutaaufschl. Bei Wiederh. Nachlaß. Platz- u. Datenvorschr. unverbindl. Erfüll.-Ort Leipzig. Postscheckk. Leipzig 3004

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 168 — Einzelnummer 1500 Mark — Mittwoch, den 18. Juli 1923 — Fern-Ausgabe — 117. Jahrg.

Was nun?

‡ Leipzig, 17. Juli

Daß der Karren unserer Devisenwirtschaft gründlich verfahren ist, wird sich kaum lange verheimlichen lassen. Der Zustand, daß von verlangten Devisen 2 bis 3 Prozent täglich zugeteilt werden, ist schlimmer als eine Devisenzentrale und jedenfalls unhaltbar. Es regt sich denn auch schon in Industrie und Handel, und wir haben keinen Grund, anzunehmen, daß deren Klagen nicht berechtigt sind. Der Einkauf von Rohstoffen aus dem Auslande stockt und Auslandsaufträge gehen deswegen verloren. Man spricht von Produktionseinschränkungen und bevorstehender Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Der Sturmlauf gegen die Devisenverordnungen beginnt.

Man erinnert sich der Zeit, als die Reichsbank den Dollarkurs längere Zeit stabil auf etwas über 20 000 Mark für einen Dollar hielt. Da stellte sich plötzlich heraus, daß unsere Preise zu hoch waren, trotz der im Verhältnis zu anderen Ländern niedrigen Reallöhne den Weltmarktpreis erreichten und zum Teil sogar überschritten. Es kam zu Produktionseinschränkungen, Arbeiter wurden entlassen, und Industrie und Handel propagierten, wenn auch auf Umwegen, das Abhilfemittel, daß die Mark nicht stabil bleiben dürfe, sondern langsam fallen müsse. Dann blühe Deutschlands Wirtschaft, dann gehe es uns gut. Aber der langwierige Weg, die Reichsbank zu bewegen, von ihrer Stabilisierungaktion etwas nachzulassen, erwies sich bald als unnötig. Man erkannte die schwache Position der Reichsbank, die Devisenanforderungen stiegen von Tag zu Tag, bis die Stützungsaktion schließlich zusammenbrach und jener gewaltige Marksturz einsetzte, an dessen Ende wir heute noch immer nicht angelangt sind.

Der katastrophale Zusammenbruch, der unsere Währung zur schlechtesten der Welt machte, brachte es naturnotwendig mit sich, daß der Staat nochmals zum Schutze seines heiligsten Gutes, des Geldes, eingriff. Er versuchte es diesmal mit anderen Mitteln. Eine Devisenzentrale lehnte er wegen der angeblich schlechten Erfahrungen, die man anderwärts mit dieser Einrichtung gemacht hatte, ab, aber er mußte in der Beschränkung des Devisenverkehrs immer weiter gehen, und die theoretische Ablehnung der Devisenzentrale führte praktisch zu einem Zustand, der sich von einem zentralisierten Devisenverkehr nur dadurch unterscheidet, daß er die Möglichkeit eines erfolgreichen Angriffes bietet. Die Beschwernisse des jetzigen Zustandes der Devisenwirtschaft sind eher noch größer als bei einer Devisenzentrale.

Der Kampf gegen diesen Zustand hat begonnen, und der Ausgang scheint kaum zweifelhaft zu sein. Ein Staat, der davon leben muß, daß er sich selbst zugrunde richtet, indem er hemmungslos immer größere Papiergeldmassen in den Verkehr bringt, ist kein Gegner, der einem ernstlichen Ansturm gewachsen wäre. Der Fehler liegt aber eben darin, daß man dem Staate als Gegner gegenübersteht, während man selbst ein Teil dieses Staates ist. Indem man selber auf Kosten des Staates und der anderen Staatsbürger für sich einen unverhältnismäßigen Gewinn zu erzielen hofft, gräbt man nicht nur dem Staate, sondern auch sich selbst das wirtschaftliche Grab. Oesterreich, das wir in bezug auf schlechtes Geld längst überholt haben, „leuchtet“ uns hier noch als Vorbild. Die Sachwerte, die wir dem Staate verweigern, damit er leben könne, gehen schließlich in die Hand des Auslandes über, und wir selber sind nichts mehr und nichts weniger als betrogene Betrüger.

Man hat früher in der frohen Hoffnung, daß einmal ein Engel vom Himmel steigen und uns Hilfe bringen werde, immer darauf verwiesen, daß man an eine Sanierung erst dann herangehen könne, wenn die Reparationslasten in ihrer Höhe und in tragbarem Ausmaße festgelegt seien. Daß eine gründliche Abhilfe erst dann einsetzen kann, bezweifelt man auch heute nicht. Aber man glaubt nicht mehr an den rettenden Engel und weiß, daß wir verloren sind, wenn wir nicht alles, was sich aus eigener Kraft für eine Sanierung tun läßt, auch tatsächlich tun. Wir wissen heute, daß wir unabhängig von der endgültigen Festsetzung der Reparationslast die hemmungslose Papiergeldausgabe des Staates unterbinden müssen. Wir wissen, daß der Staat deshalb zu einer gesunden Finanzpolitik zurückkehren und wieder von Steuern statt von der Ausgabe von Banknoten leben muß. Diese Erkenntnisse sind bereits so allgemein geworden, daß der Reichswirtschaftsrat vor wenigen Tagen der Regierung eine einstimmig gefaßte Entschließung unterbreiten konnte, die ein annehmbares Programm für eine Sanierung der Staatsfinanzen enthält. Nur in den Köpfen der volksparteilichen, deutschnationalen und kommunistischen Reichstagsabgeordneten hat diese Erkenntnis noch keinen Eingang gefunden, wie die letzte Steuerdebatte im Reichstage zeigte. Das würdige Partei-Dreigestirn mag keine Steuern, die die Staatsfinanzen in Ordnung bringen können.

Wir sind seinerzeit für eine Devisenzentrale eingetreten. Gewiß nicht aus Freude an dieser Spielerei, sondern weil sicher solchem Wall jene Reformen geschaffen werden sollten, die den Staatshaushalt ins Gleichgewicht brächten. Dann hätte sich wahrscheinlich die Zentrale bald als überflüssig herausgestellt und wieder beseitigt werden können. Man ist diesen Weg nicht gegangen. Glaubt man den wirklich, mit technischen Mitteln die Wirtschaft beherrschen zu können? Es ist keine Zeit zu verlieren, daß Post und Bahn ertragsfähig gemacht und Steuern geschaffen werden, die dem Staat die nötigen Mittel zum Leben gewähren. Die Not des Staates ist groß. Abhilfe ist dringend, aber der Reichstag ist auf Urlaub.

Die Devisenpolitik der Großindustrie

Angriffe auf den Reichswirtschaftsminister.

Breslau, 17. Juli. (Eig. Tel.) In der Schlesischen Volkszeitung setzt der Generalsekretär des oberschlesischen Zentrums, Dr. Woll, seine Angriffe gegen den Reichswirtschaftsminister und die Rechtsparteien fort. Der Zentrumsführer lehnt es ab, für die gegenwärtige Wirtschaftspolitik des Reiches die Verantwortung zu übernehmen, soweit sie nicht mehr mit den Regierungserklärungen des Gesamtkabinetts übereinstimmt. Er wendet sich dann gegen die Devisenpolitik der Großindustrie, die noch heute viel größere Beträge an Devisen täglich anforderte, als sie verbrauche. Der höhere Auslandskurs des Dollars zeige, daß deutsche Großindustrielle diejenigen Devisenmengen, die sie an den deutschen Börsen nicht mehr erhalten, an fremden Börsen gekauft haben. Diese Devisenbestände würden nicht bald gebraucht, sondern blieben in den ausländischen Depots und seien sogar vor jedem steuerlichen Eingriff des deutschen Finanzministers sicher. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker habe es sogar fertiggebracht, im Reichstag den Schaden durch diese Steuerhinterziehung als „weit aufgehoben durch den Nutzen“ zu erklären, der dadurch der deutschen Wirtschaft im Ausland erblühe. „Was sagt“, so führt der schlesische Zentrumsführer fort, „der Reichsfinanzminister dazu und was sagt Reichskanzler Cuno als Führer des deutschen Volkes zu dieser Bemerkung, die uns unsere Gegner noch mehr auf den Hals hetzen? Es kann nicht allzu viel gesagt werden, da heute anscheinend keine Regierung in Deutschland mehr viel gegen diese Industriekonzerne, Kartelle, Syndikate, Trusts usw. unternehmen kann. Ein auch in rechtsstehenden Kreisen sehr geschätzter Zentrumsabgeordneter hat erst kürzlich gesagt, wir kämen erst wieder zu einer geordneten Wirtschaft, wenn es eine Regierung fertig bekäme, alle diese Trustbildungen unter staatliche Aufsicht zu stellen.“

Internationaler Arbeiterkongreß in Wien

Wien, 17. Juli. Heute fand die Eröffnung des zweiten Internationalen Kongresses der Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände statt. Vertreten sind elf Organisationen, und zwar Belgien, Holland, Deutschland, Oesterreich, die Tschechoslowakei, Dänemark, Norwegen, Schweden, das Internationale Sekretariat Amsterdam, der Internationale Gewerkschaftsbund Amsterdam (Sekretär Fimmen) und das Internationale Arbeitsamt Genf. An der Stelle des Vorsitzenden der internationalen Vereinigung O. Brey führte der zweite Präsident, Reichstagsabgeordneter Brey, den Vorsitz. Er verwies auf die Vorgänge im Ruhrgebiet, die gewiß nicht die Billigung der belgischen und der französischen Arbeiterschaft finden. Die deutschen Arbeiter wünschten, daß im Ruhrgebiet bald Friede geschlossen werde auf den Grundlagen, für die die deutschen Bergarbeiter und Eisenbahner gekämpft hätten. Die Sprengung von Brücken und Eisenbahnen verurteilten die deutschen Arbeiter aufs schärfste; sie wollten eine ehrliche Verständigung. — Baffin (Belgien) hob hervor, daß in Frankreich, Belgien und Deutschland nur die Nationalisten ein Interesse an den Kämpfen im Ruhrgebiet hätten, weil dadurch der Völkerhaß verschärft werde. Die belgischen Arbeiter hätten sofort gegen die Ruhrbesetzung protestiert. Auch das belgische Volk leide unter der Macht der Bourgeoisie.

Starke Erhöhung der Kohlenpreise

Um 63 Prozent ab 17. Juli

Im Anschluß an die im Reichsarbeitsministerium getroffenen Lohnvereinbarungen, die vom 17. bis 22. Juli eine Lohnerhöhung um 46 Prozent und vom 23. bis 31. Juli eine weitere Erhöhung um 30 Prozent vorsehen, beriet der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrates über entsprechende Kohlenpreis-Erhöhungen. Es wurde festgestellt, daß die bisherigen Nettogrubenpreise des Bergbaues, insbesondere im unbesetzten Gebiet, sowohl gegenüber 1913 als auch gegenüber März-April dieses Jahres erheblich weniger gestiegen sind als der Durchschnitt der sonstigen Industriestoffe. Die Anträge des Syndikates lauteten auf Erhöhung der Preise nach den Prozentsätzen der Lohnerhöhung. Es wurde indes beschlossen, die Preiserhöhung für die erste Periode nur mit 30 Prozent zu bemessen und erst am 28. Juli den vollen Lohnsteigerungsprozentsatz von 82 Prozent auch auf die Preise anzuwenden. Außerdem wurde beschlossen, die für die beiden Perioden berechneten Preise in einem einheitlichen Mischpreis, der dann vom 17. bis 31. Juli gilt, umzurechnen, und nur diesen Preis zu veröffentlichen, um nicht durch zu rasch aufeinanderfolgende Preisänderungen den Kohlengeschäftsverkehr zu erschweren und Unruhe in die Verbraucherschaft zu tragen. Die hiernach auf dieser Grundlage fast einstimmig gefaßten Beschlüsse führten in allen Revieren zu Preiserhöhungen um 63 Prozent mit Wirkung vom 17. bis 31. Juli. Der Beitrag für die Bergarbeiterheimstätten wurde von 6750 auf 11 250 Mark pro Tonne erhöht.

Die neuen Brennstoffverkaufspreise stellen sich demnach für rheinisch-westfälische Fettförderkohle auf 1 361 000, für mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenbriketts auf 735 000, für ostelbische Rohkohle auf 213 000, für mitteldeutsche Rohkohle auf 223 000, für niederschlesischen Gieß(er)eikoks auf 2 062 000, für niederschlesischen Preßkoks auf 2 081 000 und für oberschlesische Stückkohle auf 1 172 000 Mark.

*

Es ist nicht schwer zu begreifen, daß man eine Lohnerhöhung voll auf den Preis des Produktes abwälzt. Aber kein Mensch außer dem Reichskohlenrat wird verstehen, daß eine Lohnerhöhung um einen bestimmten Prozentsatz es erforderlich macht, daß auch der Preis des Produktes um den gleichen Prozentsatz erhöht werden muß. Der Reichskohlenrat wird in solchen Fällen wohl etwas ausführlicher in seiner Begründung sein müssen, wenn man an seine sachliche Behandlung der Frage glauben soll. Der Kohlenpreis kommt in den Produkten jeder Industrie wieder zum Vorschein; eine Kohlenpreiserhöhung hat überall Preiserhöhungen zur Folge. Das heißt aber, daß der Reichskohlenrat die Pflicht hat, Preiserhöhungsanträge gründlichst auf ihre Berechtigung zu prüfen. Man hat nicht ganz das Gefühl, als ob dies geschehen sei.

Kohlenraub bei Krupp und Thyssen

Essen, 17. Juli. (Eig. Tel.) Zur Begründung der Besetzung des Kruppschen Kohlenlagers Segeroth führten die Franzosen an, daß sie die Vorräte diese Platzes unbedingt brauchen. Als man ihnen entgegenhielt, daß durch die Besetzung der nebenliegenden Betriebe viele Arbeiter brotlos würden, erklärten die Franzosen, die Firma habe genügend Gelegenheit, sich die erforderlichen Betriebsmittel und Kohlen anderswo zu beschaffen. Es ist sehr zweifelhaft, ob es gelingen wird, die Arbeit in den Betrieben wieder aufzunehmen.

In den am Sonntag wegen Nichtbezahlung der Kohlensteuer gemäß Verordnung des Generals Degoutte Nr. 54 besetzten Betriebe der Thyssenwerke haben die Franzosen mit dem Abtransport der Kohlen und Koksbestände begonnen. Dem Stahlwerk Witten wurde die Verfügung über die Kohlen- und Koksbestände untersagt.

Die Beschlagnahme der Betriebsmittel der großen Werke zeigt, daß die Vorräte, die auf den Zechen lagern, für die Franzosen immer knapper werden.

Theunis' „Beruhigungsbericht“

Paris, 17. Juli. (Eig. Tel.) Der Brüsseler Korrespondent des Petit Parisien schreibt, die öffentliche Meinung stehe vollkommen unter dem Einfluß des Kabinett Theunis, so daß die verschiedenen Einwürfe, die in der Presse gegen die belgische Außenpolitik aufgetaucht seien, nicht ernst genommen werden dürften. Im übrigen habe ein offizieller amtlicher Bericht festgestellt, daß im Ruhrgebiet lagernde Bestände an Kohlen und Koksvorräten ausreichen würden, um die belgische Industrie bis zum Ende dieses Jahres zu versorgen, und daß auch darüber hinaus noch große Vorräte vorhanden seien. Die Ingenieurkommission in Düsseldorf sei damit beschäftigt, Maßnahmen zu studieren, die die Versorgung Belgiens mit Kohle und Koks auch nach dem 1. Januar 1924 unverändert sicherstellen wollen. Belgien sei entschlossen.

Völlige Einigung in Lausanne

Lausanne, 17. Juli. (Eig. Tel.) Die heutige Nachtsitzung der Alliierten mit Ismet Pascha, die um 11 Uhr abends begann, endete um 1½ Uhr nachts. Der offizielle amtliche Bericht über die Sitzung besagt: „Die heutige Sitzung hat es ermöglicht, über alle schwebenden Fragen zu einer Einigung zu gelangen und eine Vollsitzung aller drei Kommissionen der Konferenz für morgen, Dienstag, nachmittag 5 Uhr, einzuberufen.“

Die Einigung der Alliierten und der türkischen Delegation erstreckt sich auf folgende Punkte:

1. Die Alliierten haben das Recht, im Falle der Notwendigkeit einen Kreuzer und einen Torpedobootzerstörer bis Ende Dezember d. J. in den türkischen Gewässern zu behalten. Falls die Meerengen-Konvention bis zu diesem Zeitpunkt nicht ratifiziert sein sollte, gilt das Abkommen als gelöst.

2. Die Forderung nach der Priorität für die Régie Générale des Chemins de Fer wird nicht aufrechterhalten; wenn dagegen die Türken die an Chester gegebenen Eisenbahn-Konzessionen innerhalb der nächsten fünf Jahre weiter vergeben wollen, so soll die Régie Générale konkurrenzberechtigt sein.

3. Die gleiche Regelung wie für die Régie Générale ist auch für die Gesellschaften Vickers und Armstrong vorgenommen worden.

4. Eine Einigung über die Rechte der türkischen Petroleum-Companie ist nicht erfolgt, dagegen hat sich die englische Delegation auf eine von ihr in der heutigen Nachmittagssitzung abzugebende Erklärung beschränkt, wonach sich England das Recht vorbehält, für die Interessen der türkischen Petroleum-Companie einzutreten. Auf diese Erklärung wird Ismet Pascha seinerseits mit einer Erklärung antworten.

Damit hofft man zu einem endgültigen Uebereinkommen gelangt zu sein, das nunmehr in der letzten Vollsitzung der drei Kommissionen seine offizielle Bestätigung erhalten wird. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages steht für den Anfang der nächsten Woche, wahrscheinlich Dienstag, in Aussicht.

*

Die Einigung bedeutet abermals einen großen Erfolg der staatsmännischen Kunst Ismet Paschas. Die beiden Fragen der Konzessionen für die englischen Gesellschaften Vickers und Armstrong, die die Häfen- und Tiefbauten in der Türkei monopolisieren wollte, und für die Régie Générale Chemins des Fer, die das Monopol für die türkischen Eisenbahnunternehmungen übernehmen wollte, haben die Alliierten dem türkisch-amerikanischen Einspruch glatt weichen müssen. Beide Gesellschaften müssen bei etwaiger Vergebung der Konzessionen als gleichberechtigte Konkurrenten auftreten. Der große Petroleumkampf zwischen der amerikanischen Oil-company und der englisch-türkischen Petroleum-company, bzw. der English-Persian-Company ist noch im letzten Moment vermieden worden. Der Kampf wurde hinausgeschoben, weil es gar zu blamabel wäre, den Orientfrieden vor aller Welt an einem Streit zwischen zwei Petroleumgesellschaften scheitern zu lassen.

Friedensschluß am 24. Juli?

Lausanne, 17. Juli. (Eig. Tel.) Nach der Vollsitzung der drei Kommissionen, die heute nachmittag 5 Uhr beginnen wird, wird der endgültigen Unterzeichnung des Friedensvertrages nichts mehr im Wege stehen. Die Einladung an die Moskauer Regierung zur Unterzeichnung des Meerengenstatuts bedingt noch eine kleine Frist, um ihr die wohl bleibende Gelegenheit dazu zu geben. So wird also die Unterzeichnung des Friedensvertrages vermutlich am 24. Juli vorgenommen werden.

Amerikanischer Geldmarkt

Sondertabel des L. T.

	Vorbörse 17.	Parität 17.		Vorbörse 17.	Parität 17.
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]